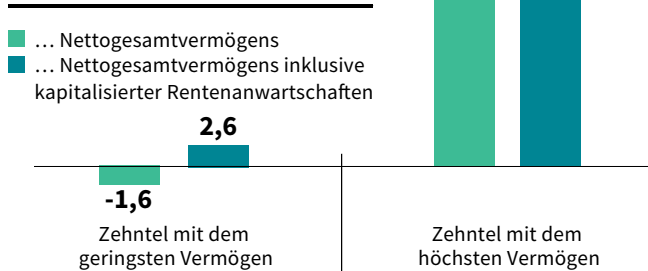


Was zählt?

Vermögensverteilung. Die Vermögen in Deutschland sind im Vergleich zu anderen EU-Staaten verhältnismäßig ungleich verteilt – allerdings nur auf den ersten Blick. Denn die Statistik erfasst nicht die umfassenden gesetzlichen Rentenansprüche hierzulande. Zudem geben viele Bundesbürger in Befragungen ihr Vermögen in Lebensversicherungen nicht an. Entsprechend verzerrt ist das Bild – und Alarmismus fehlt am Platz. Das, schreibt IW-Direktor Michael Hüther in seinem Kommentar für den iwd, gilt auch für die Gerechtigkeitsdebatte, die den Wahlkampf prägte. —→ [Seiten 2-4](#)

Rente ersetzt Vermögen

So viel Prozent des ... besaß das jeweilige Zehntel im Jahr 2012



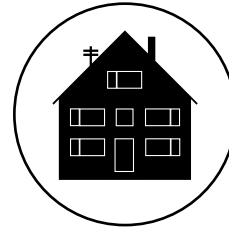
Negativer Wert: Überschuldung

Ursprungsdaten: Bönke et al. (2016)
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Grenzenloser Personalmangel

Fachkräftesicherung. Nicht nur daheim, sondern auch an ihren Auslandsstandorten haben deutsche Unternehmen Probleme, qualifiziertes Personal zu finden. Ein Grund dafür ist die dort oft mangelnde Wertschätzung der beruflichen Ausbildung. Am Beispiel von sechs Schwellenländern zeigt das IW Köln, mit welchen Strategien die Unternehmen dagegen angehen. —→ [Seite 8](#)



Auch nur Menschen

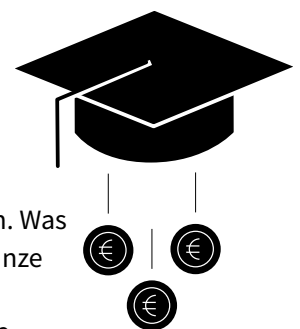
Wohnungsmarkt. Vermieter sind derzeit die Buhmänner der Nation. Gesichtslose Immobilieninvestoren schlagen aus der Wohnungsnot Kapital, denken sicher nicht wenige Bundesbürger. Sie übersehen dabei: 60 Prozent der Mietwohnungen in Deutschland gehören Privatpersonen – die damit nicht gerade das große Geld machen, wie eine neue Studie des IW Köln verdeutlicht. —→ [Seite 5](#)

500.000

Menschen mehr als heute werden 2035 in Berlin leben. Auch Hamburg und München zählen zu den Bevölkerungsgewinnern. Deutlich weniger Einwohner wird es in Zukunft in Sachsen-Anhalt und Thüringen geben. —→ [Seiten 6-7](#)

Der Uni-Rettungs- schirm

Hochschulen. Zu viele Abbrecher, marode Gebäude, kaum Praxisbezug: An den deutschen Hochschulen liegt vieles im Argen. Was sich ändern muss und wie das Ganze unter Einbeziehung des Bundes finanziert werden kann, zeigt eine IW-Studie auf. —→ [Seiten 10-11](#)



Auf die Rente kommt es an

Vermögensverteilung. Häufig wird in der deutschen Gerechtigkeitsdebatte auf die relativ hohe Vermögensungleichheit verwiesen. Wie ein internationaler Vergleich zeigt, ist diese Ungleichheit allerdings nichts Ungewöhnliches: Sie ist meist dort besonders hoch, wo der Staat über ausgeprägte Sicherungssysteme verfügt – wie die Bundesrepublik.

„In kaum einem Land der Eurozone sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland“ – dieser Befund klingt alarmierend und wird häufig als Argument für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer genutzt.

Doch Befragungsdaten zur Vermögensverteilung liefern ein verzerrtes Bild – und zwar nicht nur, weil Milliardäre in den Erhebungen nicht auftauchen: Es ist davon auszugehen, dass viele Vermögensbestände nicht korrekt erfasst werden. In Befragungen gibt beispielsweise weniger als die Hälfte der deutschen Haushalte an, Vermögen in Form von Versicherungen zu besitzen. Hochgerechnet entspricht das allerdings nur rund einem Drittel der gesamten Vermögenssumme in Versicherungen, die bei der Deutschen Bundesbank erfasst sind:

Ende 2016 gab es in Deutschland allein 89,3 Millionen Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen, Pensionskassen und -fonds. Der Kapitalanlagenbestand lag bei 923 Milliarden Euro.

Dieses Vermögen dürfte sich nicht nur auf die oberen 10 Prozent der Vermögenden konzentrieren, denn private Renten- und Lebensversicherungen sind über die gesamte Bevölkerung breit verteilt.

Ein weiteres Manko der Vermögenserhebung ist, dass viele Vermö-

gensteile nur schwer zu beziffern sind. Wer kennt zum Beispiel den Verkehrswert seiner Eigentumswohnung, wenn er sie nicht gerade verkaufen möchte?

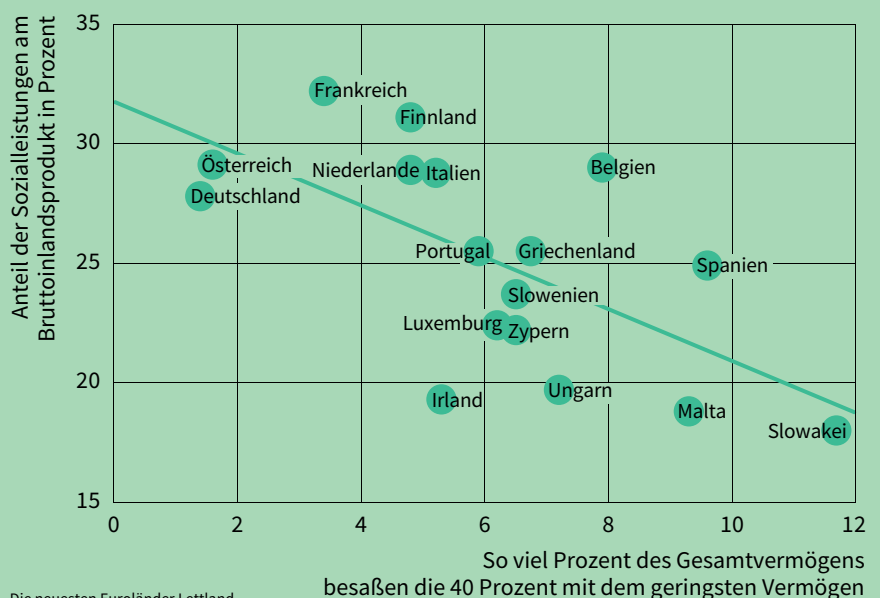
Auch international lässt sich die gemessene Vermögensungleichheit nur sehr eingeschränkt vergleichen. Generell gilt: Der Anreiz, privat Vermögen zu bilden, ist umso geringer, je größer die staatliche Absicherung in einem Land ausfällt (Grafik):

Der Vermögensanteil der ärmeren 40 Prozent der Bevölkerung fällt in Europa umso geringer aus, je höher das Sozialbudget des entsprechenden Staates ist.

So besaßen laut vergleichender Befragung der Europäischen Zentralbank im Jahr 2014 die vermögensärmeren 40 Prozent in Deutschland nur 1,4 Prozent aller Vermögen. In der Slowakei dagegen kam die gleiche Bevölkerungsgruppe auf

Sozialstaat und Vermögensungleichheit

in den Euroländern im Jahr 2014



Die neuesten Euroländer Lettland und Estland bleiben mit sehr unterdurchschnittlich ausgeprägten Wohlfahrtsstaaten unberücksichtigt.

Ursprungsdaten: Eurostat, Europäische Zentralbank
© 2017 IW Medien / iwd

einen Vermögensanteil von 11,7 Prozent. Eine Erklärung hierfür liefern die Ergebnisse des europäischen Mikrosimulationsmodells EUROMOD: Die verfügbaren Einkommen der einkommensärmsten 10 Prozent in Deutschland bestanden im Jahr 2015 zu über 78 Prozent aus staatlichen Transfers, in der Slowakei lag dieser Anteil bei nur 56 Prozent.

In kaum einem anderen EU-Staat fällt die staatliche Unterstützung im unteren Einkommensbereich höher aus als hierzulande.

Durch diese Absicherung fehlen im unteren Einkommensbereich die Anreize, Vermögen aufzubauen – und entsprechend niedrig ist der Vermögensanteil. Gleichzeitig muss die Mittelschicht in Deutschland verhältnismäßig hohe Steuern und Abgaben zahlen, um die soziale Absicherung zu finanzieren. Das erschwert ihr die zusätzliche Vermögensbildung.

In Deutschland und Österreich fällt der Vermögensanteil darüber hinaus besonders gering aus, da diese Länder über den mit Abstand geringsten Anteil an selbst genutztem Wohneigentum verfügen, welches in anderen Ländern einen substanziellen Teil des Vermögens im unteren Bereich ausmacht.

Am deutlichsten zeigt sich die Verzerrung der Vermögensungleichheit am Beispiel der Alterssicherung:

Arbeitnehmer zahlen in gesetzliche Alterssicherungssysteme ein, viele Selbstständige kümmern sich derweil selbst um ihre Altersvorsorge. Das heißt:

Die Altersvorsorgevermögen der Selbstständigen sind in den Vermögensbefragungen enthalten, die Rentenansprüche der Arbeitnehmer dagegen nicht.

Bezieht ein Arbeitnehmer später zum Beispiel eine monatliche Rente von 1.000 Euro über einen Zeitraum von 20 Jahren, entspräche dies einem Kapitalwert der Rente von etwa 180.000 Euro – bei einem unterstellten Zinssatz von 3 Prozent. In den Vermögensstatistiken taucht diese Vermögensposition jedoch nicht auf.

Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin haben auf Basis der Vermögensdaten des Sozio-oekonomischen Panels 2012 den Einfluss der Rentenansprüche auf die Vermögensverteilung simuliert (Grafik):

Bisher kommt die vermögensärmere Hälfte der Bundesbürger auf knapp 0,2 Prozent des gesamten Nettovermögens. Mit den Rentenansprüchen würde sich ihr Anteil auf 16,6 Prozent erhöhen.

Die Folgen: Das durchschnittliche Nettovermögen stiege von 85.000 Euro auf 180.000 Euro. Und der Anteil

der oberen 10 Prozent am gesamten Nettovermögen würde sich von rund 58 auf gut 37 Prozent reduzieren.

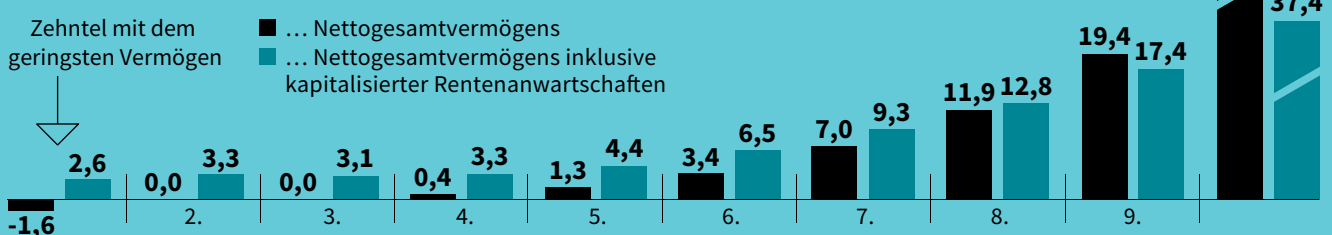
Die beschriebenen Verzerrungen bei den Vermögensdaten sollten in politischen Debatten stärker beachtet werden – etwa in der Diskussion um eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer: Die heute diskutierten Vorschläge hätten – würden sie umgesetzt – praktisch keinen Einfluss auf die Ungleichheit.

Wie komplex das Thema Vermögensverteilung ist, zeigt auch folgendes Paradox: Würden die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung reduziert und die Bürger hätten dadurch mehr Geld zur Verfügung, um privat vorzusorgen, würde die Ungleichheit der Vermögen vor allem in der Mittelschicht merklich reduziert. Die Altersarmut dagegen würde vermutlich steigen, da ja nicht jeder das freigewordene Geld nutzen würde, um fürs Alter vorzusorgen.

All diese Gründe sprechen dafür, dass sich die Gerechtigkeitsdebatte stärker auf die Einkommensungleichheit konzentrieren sollte – bei der auch die Einkommen aus Vermögen und die Vorteile aus selbst genutztem Wohneigentum berücksichtigt werden. Denn die Einkommen sind deutlich einfacher zu messen und zu interpretieren.

Rente ersetzt Vermögen

So viel Prozent des ... besaß das jeweilige Zehntel im Jahr 2012



Negativer Wert: Überschuldung; kapitalisierte Rentenanschaften: derzeitiger Barwert der zukünftigen Rentenbezüge, wenn sie als Einmalzahlung statt als monatliche Rente gezahlt werden würden; Vermögenszehntel: nach der Höhe individueller Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren ohne Rentenanschaften

Schluss mit der Schwarzmalerei

Kommentar. Im Wahlkampf haben viele Politiker versprochen, sich für mehr Gerechtigkeit einzusetzen. Doch was markig klingt, hält dem Realitätscheck kaum stand und führt zu Problemen, mahnt **Michael Hüther**, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.



Foto: IWD Köln

Über Wochen grüßte Dietmar Bartsch, Spitzenkandidat der Partei Die Linke, von großflächigen Plakaten: „Frau Merkel behauptet, es ginge allen gut. Doch Sie und ich wissen es besser.“ Er und seine Partei waren nicht die Einzigen, die mit steilen Thesen zu Wohlstand und Gerechtigkeit um die Gunst der Wähler buhlten. So attestierte beispielsweise SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz auf seinen Plakaten, es sei „Zeit für mehr Gerechtigkeit“.

Keine Frage: Auch in Deutschland gibt es Menschen, bei denen es nicht rundläuft. Gerade für Langzeitarbeitslose müsste vor allem mit Blick auf effektive Weiterbildungsangebote mehr getan werden. Außerdem gibt es Unternehmen sowie Bosse, für die das „sozial“ in der Sozialen Marktwirtschaft keine große Rolle spielt.

Doch um diese Fälle geht es den Politikern mit ihren Gerechtigkeitssprüchen nicht. Nach ihrem Bild scheint die breite Masse der Bevölkerung bitterlich zu leiden. Dieser Negativ-Blues klingt manchmal, als wäre die Bundesrepublik ein Dritte-Welt-Land, obendrein ein Unrechtsstaat und eine Bananenrepublik sowieso.

Aber wem nützt es, einen Klassenkampf 2.0 heraufzubeschwören – noch dazu in einer Zeit, in der die Bürger ihre persönliche Situation so positiv wie nie seit der Wiedervereinigung einschätzen (siehe iwd 17/2017)? Die Antwort lautet: niemandem. Schlimmer noch: Am Ende kann das Streben nach – vermeintlicher – Gerechtigkeit das Gegenteil bewirken.

Ein Beispiel: Den Vermögen nach zu urteilen geht es in Deutschland – zumindest auf dem Papier – tatsächlich ungleich beziehungsweise ungerecht zu. Das liegt allerdings auch an all den Familienbetrieben, der Basis

des deutschen Erfolgsmodells. Würden diese Firmen in Aktiengesellschaften umgewandelt, fiel die Ungleichheit geringer aus. Denn dann gäbe es all die Unternehmer nicht mehr, zu deren Vermögen natürlich jeweils auch die Firma zählt.

Zu kurz gesprungen ist auch die Idee, dass eine Vermögenssteuer Deutschland zu einem deutlich besseren Ort machen würde: Denn der Effekt einer Besteuerung von „denen da oben“ auf die Vermögensungleichheit wäre minimal. Viel hilfreicher wäre es beispielsweise, die Grunderwerbssteuer zu senken, damit sich mehr von „denen da unten“ Wohneigentum leisten können. Denn fehlender Grundbesitz unterscheidet die Vermögensärmeren in Deutschland von vergleichbaren Gruppen in anderen Ländern. Doch leider klingt es in einer Talkshow einfach viel besser, eine Vermögenssteuer zu fordern.

Bei den Themen Altersarmut, Mütterrente und Rente mit 63 hilft der Verweis auf – vermeintliche – Ungerechtigkeiten ebenfalls nur bedingt und das Ergebnis sind teure Maßnahmen für einige. Und zwar unabhängig davon, wie sie finanziell dastehen.

Bei all ihren Versprechen übersehen die Politiker gern, dass sie nur das verteilen können, was zuvor jemand erwirtschaftet hat. Doch dieser Jemand – insbesondere wenn er oder sie der jüngeren Generation angehört – wird eher früher als später unter den steigenden finanziellen Belastungen zusammenbrechen.

Also hoffen wir auf ein Ende der Schwarzmalerei im politischen Diskurs. Und darauf, dass die neue Bundesregierung sich bei ihrer Arbeit nicht von Stimmungen leiten lässt, sondern von Fakten.

Die unbekanntenen Vermieter

Wohnungsmarkt. Die meisten Wohnungen in Deutschland werden nicht von Wohnungsunternehmen, sondern von Privatleuten vermietet. Und anders als viele Mieter vermuten, ist das Vermietungsgeschäft keine Goldgrube – im Gegenteil: Wegen der vielen Auflagen ist es zuletzt finanziell immer unattraktiver geworden.

Das eine ist bekannt, das andere eher nicht – Deutschland ist nicht nur Mieternation, sondern auch ein Land der privaten Vermieter:

Gut die Hälfte aller deutschen Haushalte lebt zur Miete – und rund 60 Prozent der Mietwohnungen sind Eigentum von Privatpersonen.

In Köln beispielsweise sind einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zufolge 66 Prozent der Mietwohnungen in der Hand von Privatpersonen und Eigentümergemeinschaften. Nur 14 Prozent der Wohnungen gehören privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen, weitere 18 Prozent städtischen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften.

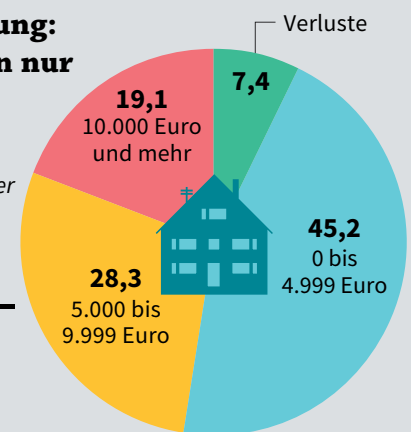
Dass die Bundesbürger so gerne zur Miete wohnen, hat durchaus etwas mit dieser Vermieterstruktur zu tun. Denn während Wohnungsgesellschaften oft sehr gleichförmige Wohnungen anbieten, entsteht durch das vermietete Privateigentum eine bunte Mischung – von der Altbauwohnung bis zum freistehenden Einfamilienhaus. Ein volkswirtschaftlicher Gewinn ist die Privatvermietung aber auch deshalb, weil sie für viele Haushalte einen wesentlichen Teil der Altersvorsorge ausmacht.

Für die Mieter hat es ebenfalls einen Vorteil, wenn ihr Vermieter ein Mensch aus Fleisch und Blut ist: Einer Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung aus dem Jahr 2015 zufolge verzichten private Vermieter anders als Unternehmen oft auf mögliche Mieterhöhungen – wohl auch, um das gute Verhältnis zu ihren Mietern nicht zu gefährden. Sie setzen stattdessen darauf, die Miete bei Neuvermietungen an das Marktniveau anzupassen.

Die Bedingungen für den Erwerb von Wohneigentum und dessen Vermietung sind seit Jahren günstig – niedrige Zinsen treffen auf eine gute Konjunktur und eine steigende Wohnungsnachfrage. Die seit 2000 steigende Zahl von Privatvermietern spiegelt dies wider:

Privatvermietung: Für die meisten nur ein Zubrot

So viel Prozent der privaten Kleinvermieter hatten 2015 diese jährlichen Nettoeinkünfte



Private Kleinvermieter: private Haushalte, die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erzielen, sich aber nicht hauptberuflich damit beschäftigen;
Nettoeinkünfte: Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung abzüglich Betriebs- und Instandhaltungskosten vor Steuern

Ursprungsdaten: SOEP
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

2015 erzielten 3,9 Millionen Haushalte in Deutschland Mieteinnahmen – 750.000 mehr als im Jahr 2000.

Der Anteil der vermietenden an allen Haushalten ist in dieser Zeit von 7,8 auf 9,3 Prozent gestiegen. Für die meisten bildet die Vermietung allerdings nicht das Haupteinkommen, sondern nur ein Zubrot (Grafik):

Fast 53 Prozent der nicht gewerblichen Kleinvermieter erzielen jährliche Nettoeinkünfte von weniger als 5.000 Euro – vor Steuern wohlgermerkt.

Gut 7 Prozent der Privatvermieter machen sogar Verluste, haben also höhere Ausgaben für den Betrieb und die Instandhaltung, als sie an Mieteinnahmen hereinbekommen. Nur jeder fünfte vermietende Haushalt bessert sein Einkommen um mehr als 10.000 Euro pro Jahr auf.

Trotz der derzeit nahezu idealen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwickelte sich die Zahl der Kleinvermieter 2014 und 2015 nicht mehr ganz so dynamisch wie in den Jahren davor. Schuld daran hat wohl wie so oft die Politik: Die – momentan selbst juristisch umstrittene – Mietpreisbremse trifft eben vor allem jene privaten Vermieter, die jahrelang auf Mietanpassungen verzichtet haben und diese nun nicht mehr nachholen können. Auch die komplexen Vorschriften für die energetische Gebäudesanierung sind für Nicht-Profis nur schwer zu durchschauen, zudem rechnet sich die Dämmung für sie oft nicht, weil sie die Kosten nicht voll umlegen können oder wollen.

Der Druck nimmt zu

Demografie. Bis zum Jahr 2035 wird die Bevölkerung in einigen Bundesländern deutlich schrumpfen, in anderen dagegen kräftig wachsen. Eine demografische Herausforderung betrifft jedoch die gesamte Republik: Der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird in allen Ländern sinken.

Viele Menschen aus von Kriegen und Krisen gebeutelten Ländern haben seit 2015 Zuflucht in Deutschland gesucht. Und auch künftig dürfte die Zuwanderung höher ausfallen als in früheren Jahren erwartet. Zudem bekommen die Frauen hierzulande wieder mehr Kinder. Angesichts dessen werden demografische Vorhersagen, die lange als unumstößlich galten, heute über den Haufen geworfen – der IW-Bevölkerungsprognose zufolge wird die Bevölkerung vorerst nicht schrumpfen, sondern bis etwa Mitte der 2020er Jahre deutlich steigen. Selbst 2035 werden mit gut 83 Millionen noch etwa 1 Million Menschen mehr in Deutschland leben als heute (siehe iwd 21/2016).

In den einzelnen Bundesländern fällt die Entwicklung dem IW-Prognosemodell zufolge allerdings sehr unterschiedlich aus (Grafik):

Während die Bevölkerung von Sachsen-Anhalt bis 2035 voraussichtlich um fast 11 Prozent zurückgeht, wird Berlin dann 14,5 Prozent mehr Einwohner haben als 2015.

Die deutsche Hauptstadt wächst damit innerhalb von 20 Jahren um gut 500.000 Köpfe. Aber auch Metropolen wie Hamburg und München gehören zu den künftigen Bevölkerungsgewinnern. Und

Baden-Württemberg profitiert vor allem von seiner starken Wirtschaft und den attraktiven regionalen Arbeitsmärkten.

Zu den Bundesländern, in denen die Einwohnerzahl weitgehend konstant bleiben dürfte, gehört unter anderem das bevölkerungsreichste, Nordrhein-Westfalen. Das Statistische Bundesamt ging vor kurzem noch von einem Rückgang um 3,4 Prozent aus, nun profitiert das

Land jedoch in besonderem Maße von den Zuwanderern.

Von einer deutlich negativen Bevölkerungsentwicklung muss neben Sachsen-Anhalt auch Thüringen ausgehen. Zwar verlassen mittlerweile nur noch wenige junge Leute diese Bundesländer, die Bevölkerungseinbußen seit der Wiedervereinigung werden jedoch nicht durch Zuwanderung ausgeglichen. Außerdem zieht es innerhalb

Bevölkerungsentwicklung: Boomtown Berlin

Veränderung der Einwohnerzahl von 2015 bis 2035 in Prozent

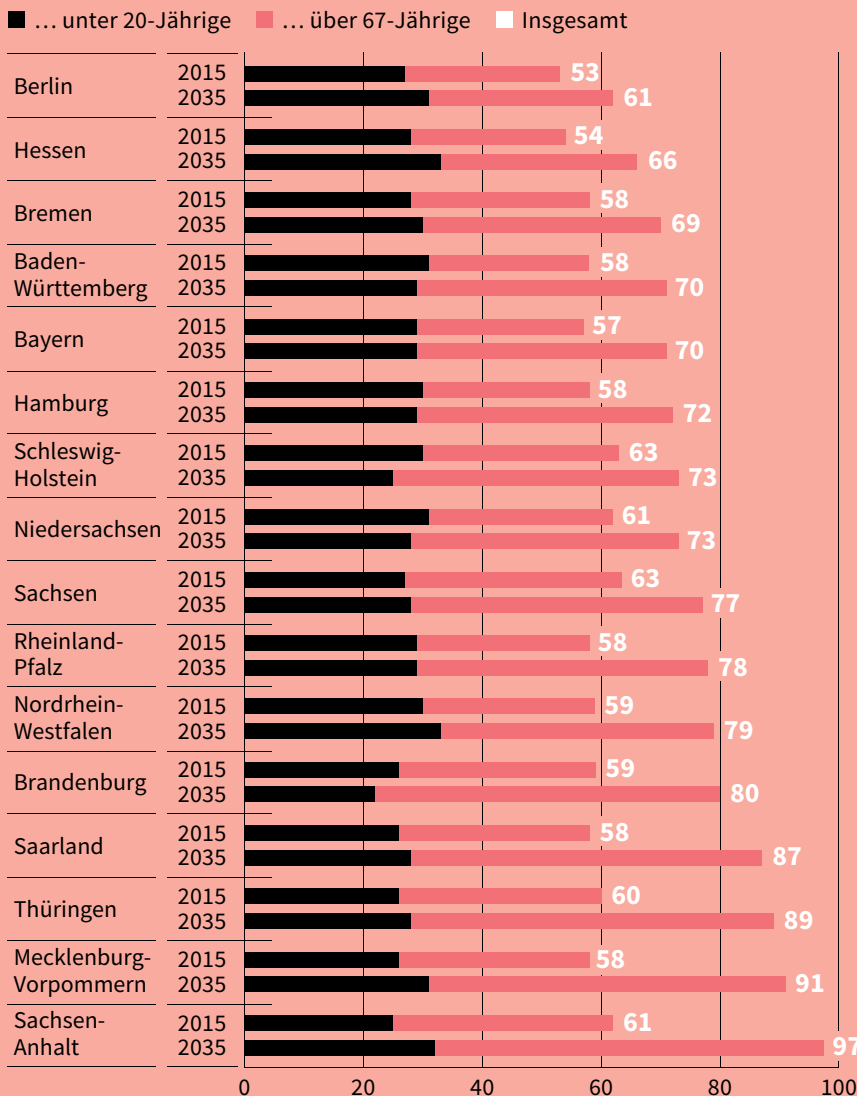
Berlin	14,5
Hamburg	9,1
Bayern	3,9
Baden-Württemberg	3,1
Hessen	2,6
Nordrhein-Westfalen	0,5
Niedersachsen	0,4
Bremen	0,2
Rheinland-Pfalz	0,0
Schleswig-Holstein	-0,1
Sachsen	-3,0
Brandenburg	-4,4
Mecklenburg-Vorpommern	-4,8
Saarland	-6,8
Thüringen	-10,2
Sachsen-Anhalt	-10,6

IW-Bevölkerungsprognose

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

Demografie: Generationenverhältnis in Schieflage

So viele ... kommen auf jeweils 100 Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 67 Jahren



2035: IW-Bevölkerungsprognose

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

22 Prozent im Jahr 2015. Selbst in Berlin und Hamburg steigt der Anteil der Älteren leicht an – auf ungefähr 19 beziehungsweise 20 Prozent.

In der Hauptstadt und der Elbmetropole wächst allerdings auch die junge Generation – in Hamburg wird 2035 voraussichtlich ein Fünftel der Einwohner unter 20 Jahre alt sein, das ist der höchste Wert aller Bundesländer. In den ostdeutschen Flächenländern bleibt der Anteil dieser Altersgruppe bis 2035 weitgehend stabil, in den großen Bundesländern im Westen geht er dagegen überall zurück.

Diese Verschiebungen der Altersstruktur haben erhebliche ökonomische Konsequenzen, schließlich müssen die 20- bis 67-Jährigen den Wohlstand der Jungen und Alten erwirtschaften. Dies dürfte künftig immer schwieriger werden (Grafik):

In Sachsen-Anhalt kommen im Jahr 2035 auf jeweils 100 Personen im erwerbsfähigen Alter voraussichtlich 97 unter 20- und über 67-Jährige.

In Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und im Saarland müssen dann je 100 Erwerbspersonen immerhin für etwa 90 Jüngere und Ältere sorgen – also unter anderem dafür, dass die Kinderbetreuung und die Rente finanziert werden können. Am niedrigsten wird dieser sogenannte Abhängigkeitsquotient 2035 aller Voraussicht nach in Berlin sein. Doch auch dort müssen dann jeweils 100 Einwohner zwischen 20 und 67 Jahren für 61 Jugendliche und Senioren geradestehen – acht mehr als im Jahr 2015.

Aus IW-Trends 3/2017

Philipp Deschermeier: Bevölkerungsentwicklung in den deutschen Bundesländern bis 2035

[iwkoeln.de/
bevoelkerungsentwicklung](http://iwkoeln.de/bevoelkerungsentwicklung)

Ostdeutschlands immer mehr Menschen in die Großstädte, zum Beispiel in das dynamisch wachsende Leipzig.

So groß die Unterschiede in der demografischen Entwicklung auch sind, mit einem Problem haben alle Bundesländer künftig zu kämpfen: der Alterung. Weil die Babyboomer-Generation bis 2035 mehrheitlich das Rentenalter erreicht, geht der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter überall zurück:

In Berlin verringert sich der Anteil der 20- bis 67-Jährigen gegenüber 2015 zwar lediglich um gut 3 Prozentpunkte auf 62 Prozent, in Sachsen-Anhalt aber um mehr als 11 Punkte auf nur noch knapp 51 Prozent.

Gleichzeitig wird die Gruppe der Senioren quer durch die Republik in Relation zu den Jüngeren größer. In Sachsen-Anhalt werden im Jahr 2035 mehr als 33 Prozent der Bevölkerung älter als 67 Jahre sein – gegenüber

Personalsuche im Ausland

Fachkräftesicherung. Deutsche Unternehmen haben auch an ihren Auslandsstandorten oft damit zu kämpfen, dass es an beruflich qualifizierten Mitarbeitern mangelt. Was die Betriebe dagegen tun können, zeigt das IW Köln am Beispiel von sechs Schwellenländern.

Dass die Unternehmen in Deutschland immer größere Probleme damit haben, qualifizierte Mitarbeiter zu finden, lässt sich anhand zahlreicher Studien belegen (siehe Seite 9). Wenn es aber schon in der Bundesrepublik mit ihrem ausgeklügelten Berufsausbildungssystem schwierig ist, den Nachwuchs an Fachkräften zu sichern, wie sieht es dann erst in Ländern aus, deren Ausbildungssysteme nicht gerade als vorbildlich gelten?

Dieser Frage ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln – unterstützt durch die Robert Bosch Stiftung – nachgegangen, indem es 16 deutsche Unternehmen in Argentinien, China, Indien, Mexiko, Nigeria und Tunesien exemplarisch befragt hat. Die Auswahl dieser Länder kommt nicht von ungefähr: Weil in den Schwellenländern die arbeitsintensive Massenproduktion zunehmend durch die Fertigung komplexerer Waren abgelöst wird, ist dort das Tempo des technologischen Wandels oft viel höher als in Industriestaaten wie Deutschland – ergo braucht es dringend qualifiziertes Personal.

Bei ihrer Suche nach den richtigen Mitarbeitern stoßen die deutschen Unternehmen aber an vielen Auslandsstandorten auf zahlreiche Hindernisse. Das fängt mit der oft mangelhaften schulischen Vorbildung an und reicht über die geringe Wertschätzung der beruflichen Bildung bis hin zu der oft sehr theoretischen und somit wenig berufsbezogenen Ausbildung. Da die Unterschiede zudem von Land zu Land sehr groß sind, fällt es den Unternehmen auch schwer, die Kompetenzen der jeweiligen Fachkräfte richtig einzuschätzen.

Die Befragungen der deutschen Unternehmen in den sechs Schwellenländern zeigen, dass es grundsätzlich vier verschiedene Strategien gibt, das Fachkräfteproblem anzugehen und deutsches Ausbildungs-Know-how zu exportieren:

→ **Strategie A: Die Unternehmen orientieren sich am deutschen dualen Ausbildungssystem.** Hier geht es um die Einführung einer dualen Ausbildung komplett nach deutschem Vorbild, unabhängig von den Ausbildungsstandards des jeweiligen Landes. Diese Strategie ist mit einem hohen Aufwand verbunden und oft nur im Rah-

men von Kooperationen mit den Auslandshandelskammern umzusetzen.

→ **Strategie B: Die Unternehmen orientieren sich am jeweiligen nationalen Ausbildungssystem und binden im Einzelfall duale Elemente ein.** Dies setzt voraus, dass in den betreffenden Ländern bereits Ausbildungsberufe existieren, die in etwa den Anforderungen des Betriebs entsprechen, und erfordert eine hohe Kooperations- und Kompromissbereitschaft aller Beteiligten.

→ **Strategie C: Die Unternehmen führen eigene duale Ausbildungselemente ein, die ihren betriebsspezifischen Bedürfnissen entsprechen.** Dieser Ansatz empfiehlt sich, wenn die Unternehmen einen hohen Spezialisierungsgrad aufweisen und die Ausbildungsgänge vor Ort oder auch eine Ausbildung nach deutschen Standards den betrieblichen Erfordernissen nur unzureichend gerecht werden. In der Regel dürfte diese Strategie schneller und kostengünstiger umzusetzen sein als eine Orientierung an nationalen Standards.

→ **Strategie D: Die Unternehmen vermitteln individuell arbeitsplatzspezifische Kenntnisse.** Hier wird nur das vermittelt, was am jeweiligen Arbeitsplatz benötigt wird. Auf eine Abschlussprüfung wird in der Regel verzichtet. Diese Strategie ist schnell umsetzbar und erfordert keine Abstimmungsprozesse. Jedoch eignet sie sich nur zur Qualifizierung für einfachere Tätigkeiten oder als Vorlauf für eine komplexere Ausbildung, deren Einführung mit einer längeren Implementierungsphase verbunden ist.

Auch wenn sich diese vier idealtypischen Strategien identifizieren lassen: In der Praxis führt oft nur eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze zum Ziel – zum Beispiel eine Mischform einzelner Strategien.

Studie

Markus Körbel, Sarah Pierenkemper, Michael Zibrowius:
Fachkräftesicherung deutscher Unternehmen im Ausland –
Erfahrungen bei der Übertragung dualer Ausbildungselemente
iwkoeln.de/fachkraeftesicherung

Die Kleinen trifft's am meisten

Fachkräftemangel. Kleinere und mittlere Unternehmen haben fast doppelt so häufig Probleme, freie Stellen zu besetzen, wie große Firmen. Um dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen, sollten deshalb vor allem mittelständische Betriebe die staatlichen Unterstützungsangebote verstärkt wahrnehmen.

Der deutsche Arbeitsmarkt brummt und viele Unternehmen haben Jobs im Angebot – finden aber oft nicht die gewünschten Mitarbeiter. Dies gilt vor allem für kleinere Betriebe (Grafik):

Etwa vier von zehn Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten haben Schwierigkeiten, freie Stellen zu besetzen – aber nur gut zwei von zehn großen Firmen.

Die Gründe für das Rekrutierungsproblem sind allerdings quer durch alle Betriebsgrößenklassen ähnlich. Insgesamt sagen 67 Prozent der Unternehmen, dass es für die freien Arbeitsplätze zu wenige Bewerber gibt. Und da, wo Kandidaten vorstellig werden, verfügen diese nach Meinung von gut der Hälfte der Firmen nicht über die erforderlichen Qualifikationen.

Die Folgen der Besetzungsprobleme sind wiederum für die kleinen Betriebe besonders gravierend:

Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten müssen fast jede dritte Personalsuche erfolglos abbrechen.

In den mittleren Betrieben beträgt diese Quote 8 Prozent, in den großen Firmen nur 3 Prozent. Die Kleinen müssen zudem öfter Kompromisse eingehen, um überhaupt neue Mitarbeiter einstellen zu können. So zahlen 17 Prozent am Ende mehr Gehalt als zunächst beabsichtigt, 13 Prozent nehmen mangelnde Qualifikationen der neuen Beschäftigten hin und 12 Prozent deren Mangel an Erfahrung. Von den großen Unternehmen müssen lediglich 1 bis 5 Prozent solche Abstriche machen.

Der Staat lässt die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) aber mit dem Fachkräftemangel nicht allein. Hilfe finden sie zum Beispiel beim Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (kofa.de) oder im Portal foerderdatenbank.de. So erhält ein Betrieb, der Berufskraftfahrer ausbildet, bis zu 35.000 Euro Zuschuss.

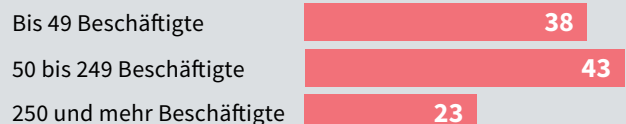
Die KMU sollten diese Angebote allerdings stärker nutzen als bisher. Das gilt auch für die Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit. Noch immer beset-

zen kleine Betriebe die Hälfte ihrer Stellen über persönliche Kontakte, nur in jedem dritten Fall ist die Arbeitsagentur mit im Boot. Natürlich kann auch sie oft nicht den Wunschmitarbeiter aus dem Hut zaubern. Doch sie übernimmt bis zu 100 Prozent der Kosten für Weiterbildungen, die dazu beitragen, dass ein avisierter Bewerber oder ein neu eingestellter Mitarbeiter die Anforderungen des betreffenden Betriebs besser erfüllen kann.

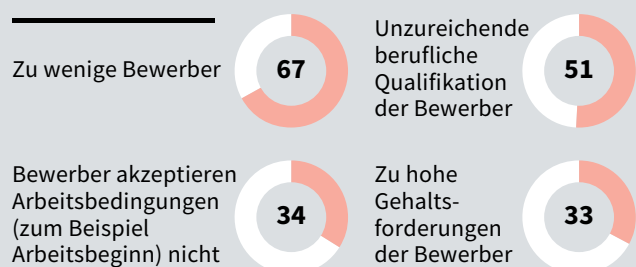
Der Staat hilft den KMU aber ebenso, ihre Personalpolitik zu professionalisieren. So werden beispielsweise im Rahmen des Projekts „unternehmensWert:Mensch“ die Kosten für externe Beratungen bis zu einer Höhe von 8.000 Euro übernommen. Damit kann es sich auch ein kleiner Betrieb leisten, das Know-how der Großen zu erwerben.

Bewerber sind oft Mangelware

So viel Prozent der Unternehmen dieser Größenklassen in Deutschland haben Probleme, freie Stellen zu besetzen



So viel Prozent der betroffenen Unternehmen geben diese Gründe für die Besetzungsprobleme an



Befragung von rund 11.600 Betrieben im Jahr 2016

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Mehr Gemeinsamkeit wagen

Hochschulen. Die deutschen Universitäten und Fachhochschulen hinken in puncto Digitalisierung und Internationalisierung hinterher. Und auch die Lehre lässt vielerorts zu wünschen übrig, wie die teils hohen Abbrecherzahlen zeigen. Die Hochschulpolitik und -finanzierung braucht deshalb neue Konzepte, die auch den Bund einbinden.

Auf den ersten Blick scheint alles gut zu laufen an den deutschen Hochschulen: Obwohl die Zahl der Studenten innerhalb von nur anderthalb Jahrzehnten um eine Million auf zuletzt 2,8 Millionen gestiegen ist, sind die Universitäten und Fachhochschulen nicht kollabiert.

Und trotzdem hakt es im deutschen Hochschulsystem: In manchen Fächern bricht jeder Zweite sein Studium ab, oft fehlt der Praxisbezug, die Auslandsmobilität stagniert, viele Unis und Wohnheime sind sanierungsbedürftig.

Hinzu kommen die Digitalisierung, die Internationalisierung und der demografische Wandel – drei Megatrends, auf die die einzelnen Hochschulen nur bedingt reagieren können, weil hier eine länderübergreifende Koordination dringend erforderlich wäre.

Um die Hochschulen zukunftsfest zu machen, müssen neun Punkte in Angriff genommen werden:

1. Die Digitalisierung – also virtuelle Experimente, Big-Data-Analysen sowie orts- und zeitunabhängiges Lehren und Lernen – bietet Studenten und Hochschulmitarbeitern große Chancen. Allerdings gibt es auch noch viele Baustellen: Das Netz muss leistungsfähiger werden, Rechnerkapazitäten müssen ausgebaut und Hochleistungsrechner länderübergreifend koordiniert werden.

In der Lehre fehlt eine bundesweite Plattform zur Entwicklung und Nutzung digitaler Lehrangebote. Medientechnisch versiertes Personal ist meist befristet beschäftigt, dabei wäre es permanent erforderlich. Ungeklärt ist auch, welche Auswirkungen die digitale Lehre auf die Festlegung der Zahl der verfügbaren Studienplätze hat.


2. Die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation haben die Kooperation von Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen gestärkt und international beachtete Leistungen hervorgebracht. Der Pakt für Forschung und Innovation sollte daher ebenso wie die Exzellenzstrategie, für die jährlich 533 Millionen Euro vorgesehen sind, verstetigt werden. Unzureichend ist dagegen die Förderung der angewandten Forschung an den Fachhochschulen, die zudem 2018 ausläuft. Zusätzlich zum neuen Programm „Innovative

Hochschulfinanzierung: Das gibt der Bund

Befristete Programme und sonstige Förderinitiativen des Bundes im Hochschulbereich

■ Verfügbarer Bundesanteil in Millionen Euro im Jahr 2017	
Hochschulpakt Förderlinie Studienplätze	2.446
Entflechtungsmittel Hochschulbau	695
Hochschulpakt Förderlinie DFG-Programmpauschalen	395
Qualitätspakt Lehre	200
Forschungsförderungsausgleich	181
Programm „Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen“	55
Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“	39
Insgesamt	4.011

Quelle: Gemeinsame Wissenschaftskonferenz © 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Hochschule“ sollte deshalb das bisherige Programm „Forschung an Fachhochschulen“ fortgeführt werden.

3. Wenn Wissenschaft und Wirtschaft kooperieren, profitieren beide Seiten – dies zeigt der Evaluationsbericht zur Exzellenzinitiative. Daher sollte das Förderkriterium „Anwendungsbezug und Erkenntnistransfer“ noch stärker gewichtet werden. Außerdem sind Musterverträge für einen fairen Ausgleich von Publikations- und Geheimhaltungsinteressen, eine landespolitisch unterstützte regionale Vernetzung sowie eine steuerliche FuE-Förderung nötig, um den Trend zu sinkenden privaten Drittmitteln an den Hochschulen zu stoppen.

4. Die Beschäftigungsfähigkeit lässt sich am besten durch aktive und praxisbezogene Formen des Lernens fördern. Das zeigen nicht zuletzt die dualen Studiengänge, deren Abbruchquote mit nur 7 Prozent weit unter denen anderer Studiengänge liegt. Dieses Erfolgsmodell sollte

ausgebaut werden. Außerdem sollten Praktika in allen Studiengängen obligatorisch sein.

5. Die Durchlässigkeit der Bildungswege gilt es zu verbessern. Daher sollte eine abgeschlossene Berufsausbildung als Hochschulzugangsberechtigung gelten. Außerdem sollten die akademische Ausbildung mit Praxiselementen und die berufliche Ausbildung mit theoretischen Vertiefungen angereichert werden. Um auf beiden Seiten Kompetenzen und Prüfungsleistungen anrechnen zu können, müssen zudem bundesweite Mustervereinbarungen zur Anerkennung entwickelt werden.

6. Ein System des lebenslangen Lernens ist erforderlich, um der demografischen Entwicklung, dem Fachkräftedbedarf und der wachsenden Bedeutung wissenschaftlich fundierter Methoden in Arbeitsprozessen gerecht zu werden. Flexible, berufsbegleitende akademische Angebote sind allerdings rar, denn während die Hochschulen das Erststudium gebührenfrei anbieten, müssen sie weiterbildende Angebote auf Vollkostenbasis kalkulieren. Die Einführung von Studiengebühren würde diesen Widerspruch beseitigen.

7. Internationale Erfahrung spielt bei der Personalauswahl der Unternehmen eine immer größere Rolle. Gleichzeitig stagniert aber die Auslandsmobilität in einigen Studienbereichen. Deshalb sollten die Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen sowie die Beratung zu Finanzierungsmöglichkeiten von Auslandsaufenthalten verbessert werden.

8. Die finanzielle Basis der Hochschulen bröckelt: Der Anteil der Grundfinanzierung durch die Länder ist unter 50 Prozent des Gesamtbudgets der Hochschulen gesunken. Für Sanierungen fallen in den nächsten Jahren bis zu 37 Milliarden Euro an. Fast überall haben sich die Betreuungsrelationen verschlechtert, vor allem in den MINT-Fächern steht weniger Geld zur Verfügung (Grafik). Hinzu kommen nötige Finanzmittel für die Digitalisierung.

Um diese Herausforderungen zu stemmen, sollten die jährlich rund 4 Milliarden Euro befristete Bundesmittel für den Hochschulbereich verstetigt werden (Grafik Seite 10), wobei ein Teil der Mittel in einen Absolventenbonus umgewidmet werden sollte. Sozialverträgliche, nachgelagerte Studiengebühren von 1.000 Euro pro Jahr könnten zusätzlich knapp 2 Milliarden Euro einbringen.

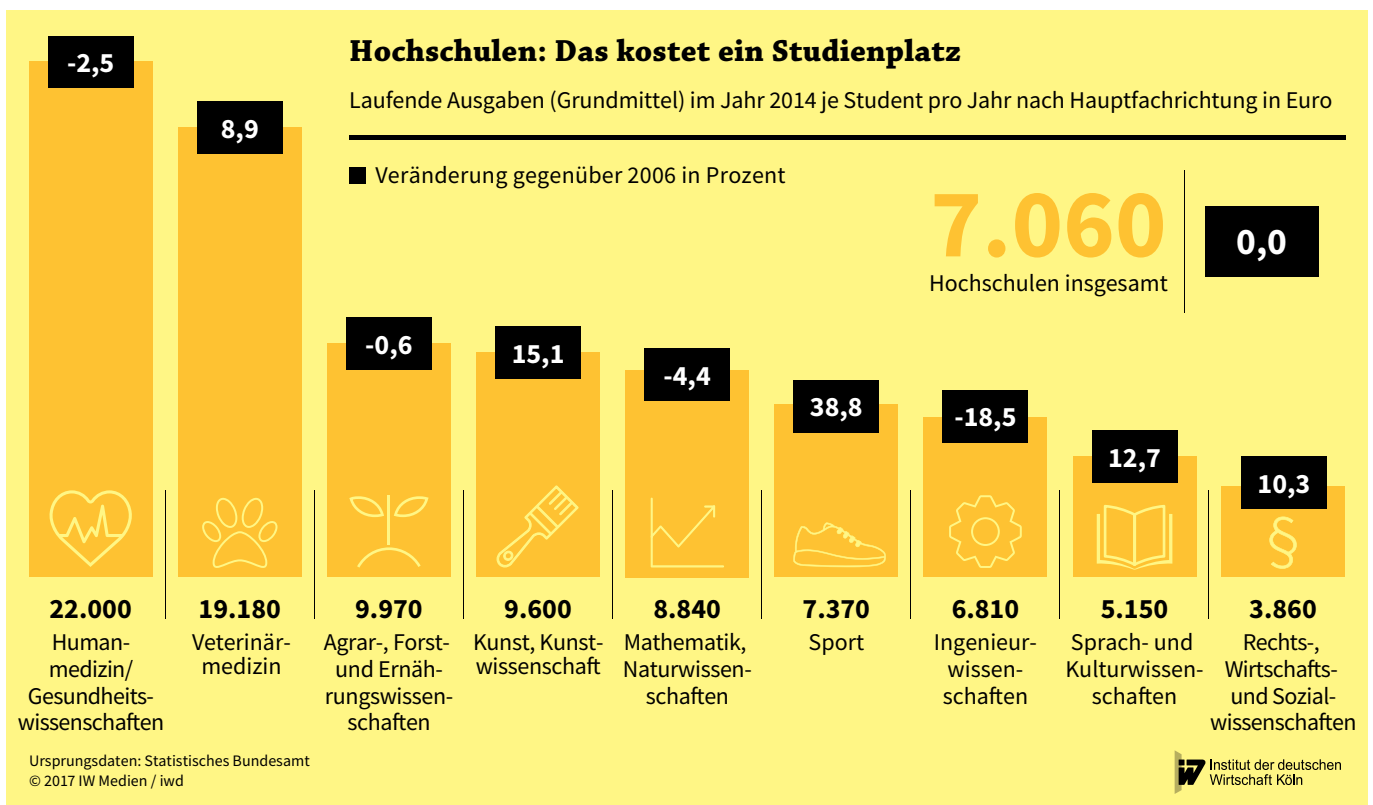
9. Das finanzielle Engagement des Bundes sollte auf einer gemeinsamen Strategieentwicklung mit den Ländern basieren. Als Plattform bietet sich die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz an. In Anlehnung an die erfolgreiche Deutsche Forschungsgemeinschaft sollte außerdem eine Deutsche Lehrgemeinschaft geschaffen werden, um Initiativen zur Verbesserung der Lehrqualität und Entwicklung von digitalen Werkzeugen zu fördern.

IW-Report 26/2017

Christiane Konegen-Grenier:

Handlungsempfehlungen für die Hochschule der Zukunft

iwkoeln.de/hochschule



Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

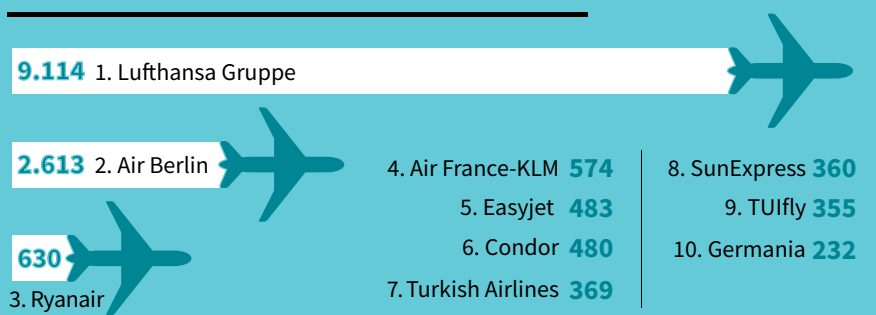
iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Über den Wolken

Wer den Zuschlag für den Kauf der insolventen Air Berlin bekommt, stand bei Redaktionsschluss zwar noch nicht fest – sicher ist aber, dass es nicht an Interessenten mangelte. Kein Wunder, denn es geht zwar auch um Flugzeuge und Crews, vor allem aber um die knappen Start- und Landerechte, die Air Berlin an den großen deutschen Flughäfen noch besetzt. Derzeit dominiert die Lufthansa den Markt: Im Sommer 2015 bot sie zusammen mit ihren Töchtern an den hiesigen Airports gut 9.100 Flüge pro Woche an – die einzig ernstzunehmende Konkurrenz war Air Berlin mit wöchentlich rund 2.600 Flügen. Wettbewerbsexperten gehen deshalb davon aus, dass die Lufthansa die Start- und Landeslots der Berliner Fluglinie bei deren Übernahme zumindest an den Top-Flughäfen zurückgeben müsste – und diese Slots dann an die übrigen Fluglinien verteilt würden.

Top Ten: Die wichtigsten Fluglinien in Deutschland

An deutschen Flughäfen angebotene Flüge pro Woche



Angebotene Flüge: laut Flugplan im Juli 2015; Lufthansa Gruppe: einschließlich Germanwings, Swiss, Austrian Airlines, Air Dolomiti; SunExpress: Tochter von Lufthansa und Turkish Airlines

Quelle: DLR
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Zahl der Woche



Hochschulabsolventen

haben im Jahr 2016 an deutschen Universitäten und Fachhochschulen ihre Abschlussprüfungen bestanden. Damit ist die Zahl der neuen Akademiker seit 2001 kontinuierlich gestiegen – gegenüber 2015 betrug das Plus nochmals 2 Prozent. Rund jeder zehnte Absolvent des Jahres 2016 hatte eine ausländische Staatsbürgerschaft. Fast 40 Prozent der Examen wurden in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften abgelegt, gut ein Viertel entfiel auf die Ingenieurwissenschaften.

Neu auf iwd.de: Gewerbsteuer abschaffen

Für die neue Legislaturperiode haben die meisten Bundestagsparteien steuerpolitische Pläne in petto. Im Interview zeigt IW-Steuerexperte Martin Beznoska die drängendsten Probleme der Einkommenssteuer auf und erklärt, wie sie reformiert werden könnte. Wo es sonst noch im deutschen Steuersystem hakt und warum die Gewerbesteuer abgeschafft werden sollte, lesen Sie auf iwd.de.

